

VBE Senioren bei der 67. dbb Jahrestagung in Köln

Zu Beginn der Tagung, die vom 11. bis 13. Januar 2026 unter dem Motto [„Starker Staat – krisenfest und bürgernah“](#) stattfand, begrüßte der **dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer** die Politiker aus dem Bundestag, die Länderparlamente und die Kommunen sowie die Delegierten des dbb, darunter auch die Vertreter der VBE Seniorinnen und Senioren Max Schindlbeck und Toni Weber.

Nicht nur in Krisenzeiten wünschen die Bürger Sicherheit, Verlässlichkeit, Schnelligkeit und Stabilität. Dies gewährleistet ein funktionierender öffentlicher Dienst. Doch dieser ist seit Jahren überlastet durch zu wenig Personal, zu wenig Mittel, zu viel Bürokratie und zu viele Aufgaben. Laut Geyer sägt die Bundesregierung am eigenen Ast, wenn sie fordert, pauschal acht Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen. Der dbb-Chef forderte die Tarifgemeinschaft der Länder auf, in der laufenden Einkommensrunde endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen: „Wer gut auf Krisen vorbereitet sein will, muss sein Personal stärken.“

Bundesminister des Innern, Alexander Dobrindt, monierte, dass Gewalt gegen Beschäftigte Konsequenzen haben muss, und zwar sofort. Die Frage der amtsangemessenen Alimentation sieht er als eine „Frage der leistungsgerechten Entlohnung“. Er versprach, die Angleichung der Tabellen in wenigen Wochen zu korrigieren. Außerdem bekannte sich Dobrindt klar zu Berufsbeamtentum.

Diesem Bekenntnis schloss sich auch **NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst** an. Um neues Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zu schaffen, braucht es eine konsequente Verwaltungsmodernisierung mit dem Ziel, beschleunigte Verfahren und effizientere staatliche Strukturen zu schaffen, sowie weniger Kontrolle und mehr Vertrauen in die Beschäftigten zuzulassen.

Dr. Karsten Wildberger, Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, sieht Veränderungsbereitschaft als Schlüssel zu allem. „Wer Stabilität will, darf nicht in alten Mustern verharren.“ Indem wir Technologien nutzen und produzieren, kaufen wir uns die Zukunft ein, statt sie selbst zu bauen, und damit machen wir uns von anderen abhängig. Er hält Geschwindigkeit, Skalierung und Innovationskraft für die neuen Währungen.

Jurist, Publizist und Philosoph Michel Friedman fordert: „Wir müssen das Streiten wieder lernen.“ Er sieht den Streit als Sauerstoff der Demokratie. Er hält die schlechteste Demokratie immer noch für besser als die beste Diktatur. Den Nörglern brachte er in Erinnerung, dass sie das nur in der Demokratie könnten, in Moskau oder Teheran zum Beispiel hätte Nörgeln Einschränkung der Freiheit zur Folge. Besonders bedauerte er das mangelnde Engagement der Demokraten für die Demokratie.

Michael Ebling, Innenminister in Rheinland-Pfalz, fordert ein höheres Krisenbewusstsein. Ehrenamtliches Handeln hält in Krisenzeiten den Staat handlungsfähig, was sich zum Beispiel auch während der Coronakrise zeigte.

Sabine Lackner, Präsidentin der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), wies auf die [Broschüre „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen“](#) hin und forderte die Teilnehmenden auf, sich mit dieser auseinanderzusetzen.

In seinem Schlusswort bedankte sich **Heini Schmitt, stellvertretender dbb-Bundenvorsitzender**, für die vielen Anregungen und die aktive Mitarbeit. Besonders bedankte er sich bei allen, die bei der Vorbereitung und Durchführung der Tagung mitgewirkt haben. Zugleich lud er zur 68. Jahrestagung ein, die am 11. und 12. Januar 2027 in Berlin stattfinden wird.

Text: Toni Weber
Zeichen (inkl. Leerzeichen): 3.498



V.l.n.r.: Toni Weber, Volker Geyer und Max Schindlbeck bei der dbb Jahrestagung 2026

Foto: Jana Hagel, dbb